

Peter Stiegnitz

»Denk mal!« statt Denkmal

Wie mit einem Denkmal die Geschichte umgeschrieben wird

Spät, aber für jeden erkennbar zeigt die Orbán-Regierung mit einem neuen Denkmal in Budapest ihr Festhalten an einer Geschichtsfälschung: Schuld am Zweiten Weltkrieg und vor allem am Holocaust, dem 400.000 Juden zum Opfer fielen, seien nur die nach Ungarn einmarschierten Deutschen und die ungarischen Nazis, ihre Mördergesellen, die Pfeilkreuzler, gewesen. Dass an der Deportation und Ermordung hundertausender Juden auch ungarische Militäreinheiten und vor allem die Gendarmerie, die in Ungarn immer schon eine Art politische Polizei war, beteiligt waren, das möchte Viktor Orbán vornehm verschweigen. Schließlich und endlich steht das Land vor den nächsten Parlamentswahlen.

Orbán unterliegt jedoch einem gewaltigen außenpolitischen Trugschluss: Das, was österreichischen Regierungen nach Ende des Weltkrieges bis Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gelang, nämlich Österreich als unschuldiges »erstes Opfer der Nazis« darzustellen, das schafft Ungarn heute nicht mehr.

Admiral Miklós Horthy, der selbsternannte Reichsverweser, der nach 1920 in Europa das erste Judengesetz erließ, obwohl er anglophil und nie ein wirklicher Freund Hitlers war, profitierte in den vierziger Jahren politisch von der dank Nazi-Deutschland erzwungenen »Rückgewinnung« ungarischer Teile der Slowakei, die nach dem Ersten Weltkrieg der Tschechoslowakei zugesprochen worden waren. Dazu zitiert Paul Lendvai im Wiener »Standard« aus dem Tagebuch des ungarischen Schriftstellers Sándor Márai: »Das Land ertrinkt in Schuld. Es wird Generationen dauern, bis sein Ruf, seine Ehre wiederhergestellt sind. Und wir können uns nicht einmal darauf berufen, dass all das unter äußerstem, fremdem Zwang geschehen sei; der Zwang war da, aber das Volk trug willig und spontan das Seine dazu bei, die Schande zu einer historischen Verantwortung zu machen.«

Als äußerst ungeschicktes Symbol der Schuldzuweisung der deutschen Besetzung Ungarns 1944 entsteht nun im Herzen von Budapest auf dem Freiheitsplatz ein Riesendenkmal, das am 19. März zum 70. Jahrestag des deutschen Einmarsches enthüllt wird. Erschaffer der Skulptur ist der Bildhauer Péter Párkányi, der ohne Ausschreibung von Orbán persönlich beauftragt wurde. Die »Süddeutsche Zeitung« beschreibt Párkányis Arbeit: »Seine Komposition besteht aus einem aggressiv herabstoßenden deutschen Reichsadler (schwarze Bronze) und dem Erzengel Gabriel mit gebrochenem Flügel in christusähnlicher Opferpose, der Ungarn verkörpert (helle Bronze). Im Hintergrund 13 Säulen, ein Zitat des Denkmals auf dem Budapester Heldenplatz. Die Aufschrift im Giebel: ›Deutsche Besetzung Ungarns am 19. März 1944‹. Auf einer Säule (also nicht als Hauptthema, sondern unter ferner liefen): ›Zur Erinnerung an alle Opfer.««

Orbán wählte den Freiheitsplatz für das neue Denkmal nicht zufällig, da in unmittelbarer Nähe ein sowjetisches Ehrenmal steht. Dieses erinnert an die Befreiung Ungarns 1945, wobei die Mehr-

zahl der heutigen Ungarn erst das Jahr 1989 (den Zusammenbruch des kommunistischen Systems) als eigentliche Befreiung betrachtet. Mit dem neuen Denkmal soll ein Gegengewicht zu dem sowjetischen geschaffen werden.

Ganz im Sinne des neuen Denkmals gedenken jedes Jahr ungarische Neo-Nazis und Jobbik-Anhänger des (glücklicherweise erfolglosen) Ausbruchversuchs deutscher Wehrmacht- und SS-Einheiten aus der Budaer Burg, wo sie sich verschanzt hatten. Damals, es war der 11. Februar 1945, versuchten deutsche und mit ihnen verbündete ungarische Einheiten, den sowjetischen Ring um Budapest zu sprengen. Im Gedenken an diese »Heldentat« feiern ungarische Neo-Nazis unter der berüchtigten Árpád-Fahne, dem Symbol der heutigen »Ungarischen Garde«, ihren »Tag der Ehre«. Obwohl diese Neo-Nazi-Aufmärsche offiziell verboten wurden, schützt sie die Polizei – vor antifaschistischen Demonstrationen.

Verständlicherweise protestieren Vertreter der Dachorganisation der ungarischen Kultusgemeinden (Mazsihisz) gegen die eklatante Geschichtsfälschung mit dem Denkmal. Sie verurteilten es als »Reinwaschung« der Horthy-Regierung und der ungarischen Beteiligung am Holocaust und kündigten an, notfalls den offiziellen Holocaust-Gedenkfeiern fernzubleiben. Diese Position vertritt auch der Jüdische Weltkongress.

Wie gravierend die Geschichtsfälschung der Regierung ist, beweist auch der bekannte ungarische Historiker Krisztián Ungváry: »Die deutsche Besatzung hat die Bewohner des Landes nicht in Fesseln gelegt, sondern es ermöglicht, dass die rechte Elite des Landes das Vermögen von 800.000 Menschen [gemeint die Juden, Anm. d. V.] neu verteilt.« Ungváry erinnert daran, dass die Regierung gleichzeitig hundert Millionen Forint für die (pseudo-)wissenschaftliche Weißwaschung der ungarischen NS-Vergangenheit zur Verfügung stellte. Sowohl die »Wiener Zeitung« als auch Paul Lendvai im »Standard« erwähnen hier auch den Holocaustforscher Randolph L. Braham, der seine hohe ungarische Auszeichnung zurückgab, um Stellung zu beziehen gegen den »schamlosen Kurs der Geschichtsfälschung, gegen den feigen Versuch, durch das Denkmal die Aufmerksamkeit von der Rolle des Horthy-Regimes bei der Vernichtung des Judentums abzulenken.«

Es stimmt jedoch, was Kathrin Lauer in der »Wiener Zeitung« schrieb: »[...] Horthy hat eine Zeit lang versucht, vor allem die Budapester Juden zu schützen«. Deshalb hat der Autor dieses Berichtes die Horthy-Biographie für TRIBÜNE auch mit dem Titel »Der antisemitische Judenretter« versehen.

Im Gegensatz zum österreichischen Bundeskanzler Franz Vranitzky, der 1991 die »österreichische Schuld am Holocaust« offiziell bestätigte, versucht Orbán auch in seiner zweiten – und wahrscheinlich auch dritten – Regierungszeit die große Schuld Ungarns am Holocaust zu leugnen. Nur Staatspräsident János Áder gab eine gewisse Mitverantwortung des Landes an der Ermordung ungarischer Juden zu. Ganz im Sinne der Orbánschen Geschichtslüge steht die Aussage des Direktors des ungarischen Geschichtsforschungsinstitutes, Sándor Szakály, der die jüdische Deportation 1941 in die Ukraine schamlos als »fremdenpolizeiliche Maßnahme« bezeichnete. Noch im selben Jahr wurden dort fast 25.000 deportierte Juden, die vor den Nazis nach Ungarn flüchteten und keine

ungarische Staatsbürgerschaft besaßen, brutal ermordet.

Es wäre gut, wenn die ungarische Regierung statt dieses absolut unnötigen und verlogenen Denkmals den Weg eines politischen »Denk mal!« als Aufforderung für eine objektive Erforschung der ungarischen Holocaust-Beteiligung verfolgen würde. Das internationale Ansehen des Landes hat schon genug gelitten.